Synopse

Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen</p>	<p>Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros</p>	
<p><i>Das Stadtparlament</i></p> <p>gestützt auf Art. 62 Abs. 4 der Gemeindeordnung (GO)</p> <p><i>Beschliesst:</i></p>		
<p>I.</p>		
<p>1 Organisation und Zuständigkeiten</p>		
<p>1.1 Wahlleitende Behörde</p>		
<p>Art. 1 Wahlleitende Behörde und deren Aufgaben</p> <p>¹ Der Stadtrat als wahlleitende Behörde ist für die korrekte Durchführung der kommunalen Wahlen und Abstimmungen zuständig.</p> <p>² Er ist zuständig für folgende Aufgaben:</p> <p>a. Anordnung von kommunalen Wahlen und Abstimmungen;</p> <p>b. Anordnung von notwendigen Massnahmen im Falle von Unregelmässigkeiten bei der Durchführung von Wahlen und Abstimmungen;</p>		<p>Entspricht § 12 Abs. 1 lit. d und Abs. 2 GPR. Von der Stadt Winterthur durchzuführen sind auch die Wahlen der Notarinnen und Notare, obwohl diese kantonale Angestellte sind.</p> <p>Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit sind alle im GPR und VPR festgelegten Aufgaben vollständig aufgelistet.</p> <p>Entspricht § 57 Abs. 1 GPR.</p> <p>Entspricht § 12 Abs. 2 GPR.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>c. Durchführung des Vorverfahrens für Mehrheitswahlen;</p> <p>d. Entscheid über die Verwendung eines Beiblatts mit der Liste der zur Wahl vorgeschlagenen Personen;</p> <p>e. Gestaltung und Druck des Wahl- und Abstimmungsmaterials;</p> <p>f. Änderung oder Rückweisung von ehrverletzenden, offensichtlich wahrheitswidrigen oder zu langen Äusserungen in der Stellungnahme von Initiativ- oder Referendumskomitees für den Beleuchtenden Bericht;</p> <p>g. Veröffentlichung der Abstimmungsvorlage und des Beleuchtenden Berichts;</p>		<p>In den §§ 48 – 56 GPR ist das Vorverfahren für Mehrheitswahlen mit den einzelnen Aufgaben der wahlleitenden Behörde geregelt, das in einer stillen Wahl münden kann.</p> <p>Entspricht § 61 Abs. 1 GPR. In Anwendung von § 61 Abs. 2 GPR schreiben Art. 9 und 10 GO die Verwendung eines Beiblatts vor bei Erneuerungs- und Ersatzwahlen von Stadtrat, Stadtpräsidium, Schulpflege, Friedensrichterinnen und -richter sowie Betreibungsbeamtinnen und -beamten. Ein Entscheid über die Verwendung eines Beiblatts ist notwendig bei Wahlen in Kirchgemeinden, wenn die Wahlleitung dem Stadtrat übertragen wurde (s. hinten Art. 18) und keine Regelung in den Verordnungen der Kirchgemeinden oder von der wahlleitende Behörde der Kirchgemeinde getroffen wurde.</p> <p>Aus § 60 Abs. 2 GPR, wonach die wahlleitende Behörde die Wahl- und Abstimmungsvorlagen, die Wahl- und Stimmzettel, das Beiblatt, die Wahlanleitung und die Beleuchtenden Berichte zur Verfügung zu stellen hat, ergibt sich, dass sie für die Gestaltung und den Druck dieser Unterlagen verantwortlich sind.</p> <p>Entspricht § 64 Abs. 5 GPR.</p> <p>Entspricht § 63 Abs. 1 GPR.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>h. Bestimmung des Zeitpunkts, bis zu dem die Wahl- und Stimmzettel ausgewertet sein sollen;</p> <p>i. Überprüfung und Berichtigung der Auswertungsergebnisse sowie Anordnung einer Nachzählung bei knappem Ausgang der Wahl oder Abstimmung;</p> <p>j. Veröffentlichung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse mit entsprechender Rechtsmittelbelehrung;</p> <p>k. Mitteilung der Wahl an die gewählten Personen;</p> <p>l. Anordnung und Durchführung einer neuen Wahl bei Ablehnung einer Wahl durch die gewählte Person bei Mehrheitswahlen und Erklärung einer Ersatzperson als gewählt bei Verhältniswahlen;</p> <p>m. Zuweisung eines Amtes bei Eintritt einer Unvereinbarkeit, wenn sich die betroffene Person nicht für ein Amt entscheidet, sowie Ansetzung und Durchführung einer neuen Wahl für das vakante Amt;</p>		<p>Entspricht § 39 Abs. 3 VPR. In der Praxis wird ein solcher Zeitpunkt nicht explizit festgelegt, da den Kreiswahlbüros bewusst ist, dass die Auswertung der Wahl- und Stimmzettel so rasch als möglich erfolgen soll.</p> <p>Entspricht § 75 Abs. 3 GPR.</p> <p>Entspricht § 81 Abs. 2 GPR.</p> <p>Entspricht § 81 Abs. 1 GPR.</p> <p>Ausdrücklich wird die sich aus einer Ablehnung einer Wahl ergebende Folge festgehalten, dass bei Mehrheitswahlen eine neue Wahl anzuordnen und durchzuführen sowie bei Verhältniswahlen eine Ersatzperson als gewählt zu erklären ist.</p> <p>Dass die wahlleitende Behörde ein Amt zuweist bei Eintritt einer Unvereinbarkeit und fehlender Mitteilung der betroffenen Person, für welches Amt sie sich entscheidet, ist in § 30 Abs. 2 GPR geregelt. Ausdrücklich wird zudem die sich aus einer eingetretenen Unvereinbarkeit ergebende Folge festgehalten, dass eine neue Wahl für das vakante Amt anzusetzen und durchzuführen ist.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>n. Feststellung der Rechtskraft des Wahl- oder Abstimmungsergebnisses sowie Veröffentlichung des rechtskräftig gewordenen Ergebnisses bei Abweichung vom zunächst veröffentlichten Ausgang der Wahl oder Abstimmung;</p> <p>o. Erstattung von Strafanzeigen im Bereich von Wahlen und Abstimmungen.</p>		<p>Entspricht § 83 GPR. Gemäss § 81 Abs. 2 GPR wird das Wahl- oder Abstimmungsergebnis mit Rechtsmittelbelehrung veröffentlicht. Wird dagegen kein Rechtsmittel ergriffen, ist die Rechtskraft des Ergebnisses festzustellen. Wird aber ein Rechtsmittel ergriffen und das Wahl- oder Abstimmungsergebnis von der Rechtsmittelbehörde geändert, ist dieses abweichende Ergebnis, sobald dieses in Rechtskraft erwachsen ist, zu veröffentlichen.</p> <p>Diese Kompetenz ergibt sich aus der Aufgabe des Stadtrats zur Vertretung der Stadt Winterthur gegen aussen.</p>
<p>Art. 2 Präsidentin oder Präsident der wahlleitenden Behörde und deren oder dessen Aufgaben</p> <p>¹ Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident ist Präsidentin oder Präsident der wahlleitenden Behörde (§ 14 Abs. 3 des Gesetzes über die politischen Rechte [GPR]).</p> <p>² Sie oder er ist zuständig für folgende Aufgaben:</p> <p>a. Entscheid vor dem Wahlgang, bei welchen Personen die Stimmen einzeln ausgezählt werden;</p> <p>b. Anordnung der einzelnen Auszählung von unter "Vereinzelte" erfassten Stimmen während des Auszählens, wenn sich zeigt, dass eine darunter fallende Person gewählt werden könnte;</p> <p>c. Losziehung bei Stimmengleichheit von mehreren Personen;</p>		<p>Entspricht § 38 Abs. 1 VPR.</p> <p>Entspricht § 38 Abs. 2 VPR.</p> <p>Entspricht § 79 Abs. 1 GPR.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>d. Treffen von Vorkehrungen, damit der Ausgang der Wahl oder Abstimmung nicht vor der Schliessung der Urnen abgeschätzt werden kann.</p>		<p>Entspricht § 39 Abs. 2 VPR.</p>
<p>1.2 Wahlbüro</p>		<p>Auf den Begriff «Zentralwahlbüro» wird verzichtet. Dies in Übereinstimmung mit dem übergeordneten Recht des GPR, welches von «Wahlbüro» spricht. Die Abgrenzung von den Kreiswahlbüros ist ohne Weiteres gegeben, da diese sowohl heute wie auch in Zukunft klar als «Kreiswahlbüros» bezeichnet werden.</p>
<p>Art. 3 Bestand, Wahl und Einsatz der Mitglieder des Wahlbüros</p> <p>¹ Das Wahlbüro besteht ausser der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten aus maximal 1000 Mitgliedern.</p> <p>² Der Stadtrat regelt das Nähere zur Wahl und vorzeitigen Entlassung der Mitglieder des Wahlbüros sowie zur Wahl der Vorsitzenden, Sekretärinnen oder Sekretäre und deren Stellvertretungen (Art. 31 Abs. 2 lit. c und Art. 62 Abs. 1 GO).</p>	<p>Art. 1 ¹ Das Zentralwahlbüro besteht ausser dem Präsidenten aus einer Zahl von Mitgliedern, deren Höhe der Stadtrat jeweilen auf Beginn der Amtsdauer bis zu maximal 1000 festsetzt.</p> <p>Art. 4 ¹ Nach der Gesamterneuerung wählt der Grosse Gemeinderat das Wahlbüro für eine Amtsdauer von 4 Jahren, und zwar in der Weise, dass die Mitglieder nach Möglichkeit aus dem Wahlkreis ihres Wohnsitzes gewählt werden und die politischen Parteien ihrer Stärke gemäss angemessen vertreten sind.</p> <p>² Zieht ein Mitglied in einen anderen Wahlkreis um, so kann auf sein Begehren eine entsprechende Umteilung vorgenommen werden.</p>	<p>In Übereinstimmung mit § 14 Abs. 2 GPR hält Art. 61 Abs. 1 GO fest, dass das Stadtparlament die Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros festlegt. Diese Anzahl wird wie bis anhin auf maximal 1000 begrenzt.</p> <p>In Übereinstimmung mit § 40 lit. b GPR hält Art. 31 Abs. 2 lit. c GO fest, dass für die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros der Stadtrat zuständig ist. Dementsprechend enthält diese Verordnung keine Bestimmungen mehr zu den Modalitäten dieser Wahl, sondern verweist auf die vom Stadtrat zu erlassenden Bestimmungen.</p> <p>Gemäss § 36 Abs. 1 lit. b GPR ist der Stadtrat auch zuständig für den Entscheid über die vorzeitige Entlassung von Mitgliedern des Wahlbüros.</p> <p>§ 17 Abs. 2 GPR legt die Zuständigkeit des Stadtrats für die Wahl der Vorsitzenden der Stimmkreise fest.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>³ Der Stadtrat regelt das Nähere zum jeweiligen Einsatz der Mitglieder des Wahlbüros bei den einzelnen Wahlen und Abstimmungen.</p>	<p>³ Der Grosse Gemeinderat kann nötigenfalls Ersatzwahlen vornehmen.</p> <p>Art. 13 ¹ Der Stadtrat wählt die Sekretäre der Kreiswahlbüros soweit möglich aus dem städtischen Personal.</p> <p>Art. 3 ¹ Die Mitglieder des Wahlbüros sind verpflichtet, der Einberufung Folge zu leisten und die ihnen zugewiesenen Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen. Zuwiderhandlungen werden auf Anzeige des Obmannes durch den Stadtrat mit Ordnungsbusse geahndet.</p> <p>² Zwingende Abhaltung, wie Krankheit, Ortsabwesenheit und dergleichen, gilt als Entschuldigung, wenn sie dem Obmann oder der Aufgebotsstelle rechtzeitig gemeldet wird.</p>	<p>Die Kompetenz des Stadtrats ergibt sich aus seiner Aufgabe, als wahlleitende Behörde für die korrekte Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zu sorgen. Dementsprechend enthält diese Verordnung keine Bestimmungen mehr über den Einsatz bzw. die Pflichterfüllung der Mitglieder des Wahlbüros, sondern verweist auf die zu erlassende stadträtliche Verordnung.</p>
<p>Art. 4 Präsidentin oder Präsident des Wahlbüros und deren oder dessen Aufgaben</p> <p>¹ Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident steht dem Wahlbüro vor (Art. 61 Abs. 2 GO).</p> <p>² Sie oder er bestimmt die städtischen Mitarbeitenden, die bei der vorzeitigen Stimmabgabe an der Urne den Urnendienst versehen können.</p>		<p>Entspricht § 14 Abs. 3 GPR.</p> <p>Entspricht § 15 Abs. 3 GPR. Vorgesehen ist, mittels einer Präsidialverfügung die für das Stimmregister zuständige Organisationseinheit (die Einwohnerkontrolle) für den Urnendienst zu ermächtigen.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
		<p>Die Organisation des Urnendienstes im Abstimmungslokal im Hauptbahnhof sowie die übrigen in der GPR festgelegten Aufgaben der Präsidentin oder des Präsidenten des Wahlbüros werden aufgrund der Einteilung der Stadt Winterthur in Stimmkreise gemäss § 17 Abs. 2 GPR von den Vorsitzenden der Kreiswahlbüros wahrgenommen (in Art. 8 nachstehend geregelt).</p>
<p>Art. 5 Vorstand des Wahlbüros</p> <p>¹ Der Vorstand des Wahlbüros besteht aus der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und den Vorsitzenden der Kreiswahlbüros (Art. 62 Abs. 2 GO).</p> <p>² Er ist für folgende Aufgaben zuständig:</p>	<p>Art. 5</p> <p>¹ Der Vorstand des Wahlbüros besteht aus dem Präsidenten und den Obmännern der Kreiswahlbüros. Ihnen obliegen die Zusammenstellung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse sowie die Prüfung aller Fragen, welche sich aus der Tätigkeit des Wahlbüros ergeben.</p>	<p>Gemäss Art. 62 Abs. 1 GO werden die Verantwortlichen der Kreiswahlbüros nicht mehr Obmänner, sondern neu Vorsitzende genannt.</p> <p>Damit die im kantonalen Recht dem Wahlbüro zugeordneten Aufgaben in der Stadt Winterthur mit seinen bis zu 1000 Mitgliedern überhaupt wahrgenommen werden können, ist es notwendig, diese Aufgaben, soweit sie aufgrund der Einteilung des Stadtgebiets in Kreiswahlbüros nicht von diesen zu erfüllen sind (s. hinten Art. 7), dem in Art. 62 Abs. 2 GO geschaffenen Vorstand zuzuweisen.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>a. Ermittlung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse gestützt auf die Auswertung der Wahl- und Stimmzettel durch die Kreiswahlbüros;</p> <p>b. Plausibilisierung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse;</p> <p>c. Kontrolle der Auswertung der Wahl- und Stimmzettel der Kreiswahlbüros mittels erneuter Auszählung;</p> <p>d. Festhalten der Ergebnisse der Auswertung und der Zahl der Stimmberechtigten im Protokoll und Übermittlung an die wahlleitende Behörde;</p> <p>e. Empfehlung an die wahlleitende Behörde für die Durchführung von Nachzählungen bei knappem Ausgang von Wahlen und Abstimmungen.</p>		<p>Die Auswertung der Wahl- und Stimmzettel erfolgt durch die Kreiswahlbüros (in Art. 7 Abs. 1 lit. b nachstehend geregelt). Gestützt auf diese Auswertung ermittelt die wahlleitende Behörde das Ergebnis der Wahl oder Abstimmung (§ 75 Abs. 1 GPR). Diese Kompetenz kann gestützt auf § 75 Abs. 4 GPR dem Wahlbüro übertragen werden. Das wurde in Art. 62 Abs. 3 GO gemacht und wird der Vollständigkeit halber hier aufgeführt.</p> <p>In der Praxis werden die Wahl- und Abstimmungsergebnisse schon seit längerer Zeit plausibilisiert, d.h. es wird überschlagsmässig geprüft, ob die Ergebnisse nicht offensichtliche unrichtig sind. Es rechtfertigt sich, diese wichtige Aufgabe explizit in der Verordnung zu verankern.</p> <p>Ergeben sich aufgrund der Plausibilisierung Zweifel an den Auswertungsergebnissen eines oder mehrerer Kreiswahlbüros, soll der Vorstand des Wahlbüros von sich aus eine erneute Auszählung veranlassen können.</p> <p>Entspricht § 74 Abs. 1 GPR.</p> <p>Der Vorstand des Wahlbüros soll die Möglichkeit haben, aus seiner Sicht eine Empfehlung abzugeben. Der entsprechende Antrag an den Stadtrat als wahlleitende Behörde wird, wie bei allen Geschäften aus dem Bereich der Stadtkanzlei, von der Stadtschreiberin oder dem Stadtschreiber gestellt.</p>
<p>1.3 Stadtschreiberin oder Stadtschreiber</p>		

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>Art. 6 Aufgaben der Stadtschreiberin oder des Stadtschreibers</p> <p>¹ Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber ist zuständig für die Führung des Sekretariats des Wahlbüros.</p>	<p>Art. 9</p> <p>¹ Der Sekretär des Zentralwahlbüros organisiert in Zusammenarbeit mit dem Stimmregisterbüro die ordnungsgemässe Zustellung der Urnen an die einzelnen Wahlkreise. Er sorgt sodann für die richtige Aufbewahrung der Stimmzettel bis nach Erledigung allfälliger Rekurse.</p> <p>² Er ist für die sofortige Weiterleitung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse an Presse, Radio usw. verantwortlich.</p>	<p>Entspricht § 14 Abs. 3 GPR. Es soll an dieser Stelle lediglich die grundsätzliche Verantwortung der Stadtschreiberin oder des Stadtschreibers für die Führung des Sekretariats festgehalten werden.</p> <p>Die operative Leitung des Sekretariats wird, wie dies seit längerer Zeit der Fall ist, von der Leiterin oder dem Leiter Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Gestützt auf § 45 Abs. 2 GG liegt es in der Kompetenz des Stadtrats, diese Aufgabe an eine städtische Mitarbeitende oder einen städtischen Mitarbeitenden zu delegieren. Demnach wird die Delegation mitsamt den damit zusammenhängenden Aufgaben in der stadträtlichen Verordnung festgehalten werden. Es erübrigt sich also, an dieser Stelle einzelne dieser Aufgaben zu nennen, wie dies im geltenden Recht der Fall ist.</p> <p>Gemäss § 2 Abs. 2 VPR ist die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber für die Führung des Stimmregisters verantwortlich. Diese Aufgabe führt seit jeher eine städtische Mitarbeitende als Stimmregisterführerin oder ein städtischer Mitarbeitender als Stimmregisterführer aus. Die diesbezügliche Delegation wurde mittels Beschlusses des Stadtrats vorgenommen. Vorgesehen ist, diese Delegation in der stadträtlichen Verordnung zu verankern.</p>
1.4 Kreiswahlbüros		

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
	<p>Art. 2 ¹ Das Zentralwahlbüro besteht aus folgenden sieben Kreiswahlbüros: Winterthur-Stadt, Oberwinterthur, Seen, Töss, Veltheim, Wülflingen, Mattenbach.</p>	<p>Gemäss § 17 Abs. 1 GPR kann das Stadtgebiet für die Stimmabgabe und die Auswertung der Stimm- und Wahlzettel in Stimmkreise eingeteilt werden. In Art. 62 Abs. 1 GO wird der Stadtrat als zuständig erklärt, die Einteilung des Wahlbüros in Kreiswahlbüros vorzunehmen. Dementsprechend werden die einzelnen Kreiswahlbüros in der stadträtlichen Verordnung aufgeführt werden. Eine Änderung an der heutigen Einteilung ist zurzeit nicht vorgesehen.</p>
<p>Art. 7 Aufgaben der Kreiswahlbüros</p> <p>¹ Die Kreiswahlbüros sind zuständig für folgende Aufgaben:</p> <p>a. Betrieb der Abstimmungs- und Auszähllokale ihres Stimmkreises;</p> <p>b. Auswertung der Wahl- und Stimmzettel ihres Stimmkreises und Übermittlung der Auswertungsergebnisse an die zuständigen Stellen.</p> <p>² Für den Betrieb des Abstimmungslokals im Hauptbahnhof ist das Kreiswahlbüro des Stimmkreises Winterthur-Stadt zuständig.</p>		<p>Auf der Stufe dieser Verordnung werden lediglich die Hauptaufgaben genannt. Untergeordnete Aufgaben wie der Transport der Urnen, der brieflich eingegangenen Wahl- und Stimmzettel und der benötigten Hilfsmittel werden in der stadträtlichen Verordnung aufgeführt werden.</p> <p>Explizit wird die Verantwortung der Kreiswahlbüros für ihre Abstimmungs- und Auszähllokale verankert.</p> <p>Die Zuständigkeit zur Auswertung der Wahl- und Stimmzettel wird in § 71 GPR festgehalten. Dass die Auswertungsergebnisse weitergeleitet werden müssen, versteht sich von selbst.</p> <p>Die seit längerer Zeit bestehende Praxis, dass das Kreiswahlbüro Winterthur-Stadt das Abstimmungslokal im Hauptbahnhof betreibt, wird explizit in der Verordnung verankert. Damit wird die Zuständigkeit und Verantwortung für das Abstimmungslokal im Hauptbahnhof klar geregelt.</p>
<p>Art. 8 Aufgaben der Vorsitzenden der Kreiswahlbüros</p>		

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>¹ Die Vorsitzenden der Kreiswahlbüros sind zuständig für folgende Aufgaben:</p> <p>a. Leitung des Kreiswahlbüros;</p> <p>b. Festlegung der Standorte der Auszähllokale in ihrem Stimmkreis;</p> <p>c. Erhöhung der Zahl der Hilfspersonen bei Wahlen mit grossem Auszählaufwand;</p> <p>d. Zuweisung der Aufgaben an die Mitglieder des Wahlbüros und die Hilfspersonen in ihrem Stimmkreis;</p> <p>e. Regelung des Zutritts der Stimmberechtigten zu den Auszähllokalen;</p>	<p>Art. 10</p> <p>¹ Die Obmänner der Kreiswahlbüros sorgen für rechtzeitige Aufstellung und Überwachung der Urnen sowie für deren Überbringung in das Zähllokal. Sie sind für die sichere Aufbewahrung der Freitag- und Samstagurnen besorgt.</p> <p>² Die Obmänner können für einzelne Funktionen aus ihrem Kreiswahlbüro aufsichtsführende Mitglieder bezeichnen. Wenn nötig, stellt die Stadtverwaltung geeignetes Personal zur Verfügung.</p>	<p>Selbstverständlich steht es den Vorsitzenden frei, für ihre Aufgaben ihre Stellvertretungen hinzu zu ziehen und gewisse Aufgaben abzugeben. Die Verantwortung verbleibt allerdings bei den Vorsitzenden.</p> <p>Ergibt sich aus der Stellung als Vorsitzende.</p> <p>Ergibt sich aus der Zuständigkeit für den Betrieb der Auszähllokale (Art. 7 lit. a).</p> <p>Entspricht § 16 Abs. 2 GPR.</p> <p>Ergibt sich aus der Zuständigkeit für den Betrieb der Abstimmungs- und Auszähllokale (Art. 7 lit. a). Darin enthalten ist die Bestimmung der Leiterin oder des Leiters der Urnendienste (§ 15 Abs. 3 GPR) sowie für die oder den Vorsitzenden des Kreiswahlbüros Winterthur-Stadt die Bestimmung der Mitglieder des Wahlbüros, die bei der vorzeitigen Stimmabgabe im Hauptbahnhof den Urnendienst versehen (§ 16 VPR).</p> <p>Die Stimmberechtigten haben gestützt auf § 8 Abs. 1 GPR das Recht, Zugang zu den Auszähllokalen zu erhalten. Die Regelung des Zutritts ergibt sich aus der Zuständigkeit für den (geordneten) Betrieb der Auszähllokale.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>f. Festlegung der notwendigen Prozesse zur Gewährleistung des Stimmgeheimnisses in den Abstimmungs- und Auszähllokalen ihres Stimmkreises und entsprechende Instruktion der Mitglieder des Wahlbüros und der Hilfspersonen.</p>		<p>Ergibt sich aus der Zuständigkeit für den Betrieb der Abstimmungs- und Auszähllokale (Art. 7 lit. a).</p>
<p>Art. 9 Aufgaben der Sekretariate der Kreiswahlbüros</p> <p>¹ Die Sekretariate der Kreiswahlbüros sind insbesondere für folgende Aufgaben zuständig:</p> <p>a. Aufgebot der Mitglieder des Wahlbüros und der allfällig notwendigen Hilfspersonen in ihrem Stimmkreis;</p> <p>b. Entscheid über die Dispensationsgesuche von Mitgliedern des Wahlbüros und von Hilfspersonen in ihrem Stimmkreis;</p> <p>c. Unterstützung der oder des Vorsitzenden in der Führung des Kreiswahlbüros.</p>	<p>Art. 2 ² Es ist Sache der Kreiswahlbüros, von Fall zu Fall die Zahl der aufzubietenden Mitglieder zu bestimmen.</p>	<p>Es werden die Hauptaufgaben aufgeführt. Weitere konkrete Aufgaben können den Sekretariaten von den Vorsitzenden übertragen werden.</p> <p>Das schriftliche Aufbieten der benötigten Personen ist eine klassische Sekretariatsarbeit. Damit einher geht auch der Entscheid über die Anzahl dieser Personen, was nicht mehr explizit genannt wird.</p> <p>Aus praktischen Gründen sollen das Sekretariat die Anlaufstelle für die Mitglieder des Wahlbüros und die Hilfspersonen sein. Deshalb sollen Dispensationsgesuche den Sekretariaten eingereicht und auch von ihnen entschieden werden können. Zudem liegt es auch an ihnen, für dispensierte Personen einen Ersatz aufzubieten.</p> <p>Entspricht der klassischen Stellung eines Sekretariats.</p>
<p>Art. 10 Auslagen der Kreiswahlbüros</p>		

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>¹ Für Büromaterial und IT-Hardware, welche die Stadt Winterthur nicht zur Verfügung stellt, erhält jedes Kreiswahlbüro jährlich eine pauschale Abgeltung von Fr. 1000.</p>		<p>Zur Verfügung gestellt werden Logopapier, Kuverts und Briefmarken, welche für die Aufgebote der Mitglieder der Wahlbüros und weitere Informationsschreiben verwendet werden können. Selbst Anschaffen müssen die Kreiswahlbüros IT-Hardware wie Laptops und Drucker und Büromaterial wie Schreibutensilien, Papier und Ähnliches. Als pauschale Abgeltung erscheint gestützt auf die bisherigen Erfahrungen ein Betrag von jährlich 1000 Franken pro Kreiswahlbüro gerechtfertigt. Im Vierjahreszyklus sind folgende Mittel vorgesehen (für Sekretariat und Stv.): 1 Laptop (1000 Fr.), 1 Drucker (200 Fr.), Office-Software (100 Fr. / Jahr), Peripherie und Büromaterial (Kabel, Maus, Tastatur, Papier etc.; 100 Fr. / Jahr). Dies ergibt total zwei Mal 2000 Fr. im Vierjahreszyklus, also 1000 Fr. pro Jahr.</p>
<p>2 Stimmabgabe</p>		
<p>Art. 11 Stimmabgabe an der Urne</p> <p>¹ Die Stimmberechtigten können ihre Stimmen abgeben:</p> <p>a. am Wahl- oder Abstimmungstag in einem Abstimmungslokal ihres Stimmkreises;</p>	<p>Art. 8 ¹ Die Stimmbürger haben ihr Stimm- und Wahlrecht in ihrem Kreis auszuüben (ausgenommen Urne im Hauptbahnhof).</p>	<p>Aus § 34 Abs. 1 VPR, der für die Stimmabgabe an der Urne vorschreibt, dass die Stimmberechtigten den unterschriebenen Stimmrechtsausweis abzugeben, die Wahlzettel soweit erforderlich abstempeln zu lassen und dann die Wahl- und Stimmzettel in die Urne zu legen haben, folgt, dass die Abgabe von verschlossenen Antwortkuverts im Abstimmungslokal nicht erlaubt ist.</p> <p>Die Einteilung des Stadtgebiets in Stimmkreise (s. Art. 7 vorne) bringt es mit sich, dass die Stimmabgabe grundsätzlich im Abstimmungslokal des eigenen Stimmkreises zu erfolgen hat, wie dies bereits heute festgelegt ist.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>b. samstags vor dem Wahl- oder Abstimmungstag im Abstimmungslokal im Hauptbahnhof;</p> <p>c. donnerstags und freitags vor dem Wahl- oder Abstimmungstag während den Schalteröffnungszeiten bei der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur, Pionierstrasse 7 (Superblock).</p>	<p>Art. 6 ¹ Ausserdem besteht für die Stimmbürger aller Wahlkreise jeweils an Samstagen die Möglichkeit der Stimmabgabe im Hauptbahnhof (Wartsaal).</p>	<p>Die gemäss § 20 Abs. 2 GPR an mindestens zwei der vier letzten Tage vor dem Wahl- oder Abstimmungstag zu gewährende vorzeitige Stimmabgabe können alle Stimmberechtigten im Abstimmungslokal im Hauptbahnhof oder</p> <p>bei der Einwohnerkontrolle tätigen.</p>
<p>Art. 12 Stellvertretung</p> <p>¹ Stimmberechtigte, die andere Personen an der Urne vertreten, müssen in demselben Stimmkreis stimmberechtigt sein wie die vertretenen Personen.</p> <p>² Dies gilt nicht für die Stimmabgabe im Hauptbahnhof und bei der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur.</p> <p>³ In kirchlichen Angelegenheiten ist die Stellvertretung auch durch Stimmberechtigte zulässig, die einer anderen Konfession angehören als die vertretenen Personen.</p>		<p>Aus der Regelung von § 35 Abs. 1 und 2 VPR, wonach die Vertreterin oder der Vertreter neben den Wahl- und Stimmzetteln sowie dem Stimmrechtsausweis der vertretenen Person den eigenen Stimmrechtsausweis abzugeben hat, folgt, dass bei einer stellvertretenden Stimmabgabe die Stellvertreterin oder der Stellvertreter und die vertretene Person in demselben Stimmkreis stimmberechtigt sein müssen. Wie es in einer Gemeinde nicht möglich ist, Stimmunterlagen einer anderen Gemeinde abzugeben, ist dies auch für unterschiedliche Stimmkreise nicht möglich.</p> <p>Diese Ausnahme ist gegeben, da in diesen Abstimmungslokalen alle Stimmberechtigten der Stadt Winterthur ihre Stimme zur gleichen Zeit und am gleichen Ort abgeben können.</p> <p>Entspricht § 35 Abs. 3 VPR.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>⁴ Eine stimmberechtigte Person kann höchstens zwei weitere Personen an der Urne vertreten.</p>		<p>Entspricht § 68 Abs. 3 GPR.</p>
<p>Art. 13 Urnenstandorte und Öffnungszeiten der Abstimmungslokale</p> <p>¹ Der Stadtrat legt die Urnenstandorte fest (§ 19 Abs. 1 GPR).</p>	<p>Art. 6 ¹ An den Wahl- oder Abstimmungstagen werden an folgenden Orten Urnen aufgestellt:</p> <p>a. Im Wahlkreis Winterthur-Stadt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stadthaus 2. Schulhaus Neuwiesen 3. Schulhaus Tössfeld. <p>b. Im Wahlkreis Oberwinterthur:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schulhaus Ausserdorf 2. Schulhaus Talacker 3. Kindergarten Guggenbühl 4. Schulhaus Hegi <p>e. Schulhaus Stadel</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. Schulhaus Reutlingen 6. Ricketwil. <p>c. Im Wahlkreis Seen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kirchgemeindehaus an der Kanzleistrasse 2. Schulhaus Sennhof 3. Schulhaus Iberg 4. Schulhaus Eidberg 5. Gotzenwil 6. Oberseen. <p>d. Im Wahlkreis Töss:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kirchgemeindehaus an der Stationsstrasse 2. Kindergarten an der Steigstrasse. <p>e. Im Wahlkreis Veltheim:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schulhaus an der Löwenstrasse 2. Kindergarten Schachen. <p>f. Im Wahlkreis Wülflingen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Schulhaus an der Eulach 2. Schulhaus Neuburg 3. Schulhaus Langwiesen. 	<p>Die Zuständigkeit für die Festlegung der Urnenstandorte liegt beim Stadtrat. Dies wird er in der stadträtlichen Verordnung tun. Vorgesehen ist, an den heutigen, sich in der Vergangenheit bewährten Standorten festzuhalten. Anpassungen sollen dann erfolgen, wenn z.B. ein Standort nicht mehr genutzt werden kann oder sich das Stimmverhalten der Stimmberechtigten stark verändert.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>² Er erlässt Vorschriften über die Öffnungszeiten der Abstimmungslokale.</p>	<p>g. Im Wahlkreis Mattenbach: 1. Schulhaus Gutschick 2. Schulhaus Schönengrund.</p> <p>² Der Präsident des Zentralwahlbüros bestimmt den genauen Standort der Urnen.</p> <p>⁴ Der Stadtrat ermöglicht die persönliche Stimmabgabe in Krankenhäusern sowie Alters- und Pflegeheimen (z.B. wandernde Urnen).</p> <p>Art. 7 ¹ Der Stadtrat kann innerhalb eines Wahlkreises einzelne Orte der Urnenaufstellung ändern.</p> <p>Art. 6 ⁶ Der Stadtrat bestimmt die Öffnungstage und -zeiten.</p>	<p>In der Kompetenz des Stadtrats zur Festlegung der Urnenstandorte enthalten ist der Entscheid, ob auch Wanderurnen eingesetzt werden sollen. Zurzeit ist dies nicht vorgesehen.</p> <p>Vorgesehen ist, dass in der stadträtlichen Verordnung an den heutigen, sich in der Vergangenheit bewährten Öffnungszeiten festgehalten wird.</p>
<p>Art. 14 Briefliche Stimmabgabe</p> <p>¹ Die briefliche Stimmabgabe kann erfolgen:</p> <p>a. mit der Post;</p>		<p>Gemäss § 4 Abs. 1 GPR können die politischen Rechte auch schriftlich ausgeübt werden. Aus § 34 Abs. 1 VPR, der für die Stimmabgabe an der Urne vorschreibt, dass die Stimmberechtigten den unterschriebenen Stimmrechtsausweis abzugeben, die Wahlzettel soweit erforderlich abzustempeln und dann die Wahl- und Stimmzettel in die Urne zu legen haben, folgt, dass eine briefliche Stimmabgabe mittels verschlossenen Antwortkuverts in den Abstimmungslokalen nicht erlaubt ist.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>b. durch Einwurf in den Briefkasten der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur, Pionierstrasse 7 (Superblock).</p> <p>² Die Antwortkuverts müssen spätestens am Samstag vor dem Wahl- oder Abstimmungstag um 12.00 Uhr bei der Stadtverwaltung eintreffen (letzte Leerung des Briefkastens der Einwohnerkontrolle der Stadt Winterthur). Später eingehende Antwortkuverts werden nicht berücksichtigt.</p> <p>³ Die Antwortkuverts werden ungeöffnet nach Stimmkreisen sortiert und bis zum Wahl- oder Abstimmungstag sicher verwahrt.</p> <p>⁴ Kann der Stimmkreis anhand des ungeöffneten Antwortkuverts nicht ermittelt werden, a. wird der Stimmkreis unter Einhaltung des Stimmgeheimnisses anhand des Stimmrechtsausweises festgestellt oder b. bei verbleibender Unklarheit das Antwortkuvert dem Stimmkreis Winterthur Stadt zugeordnet.</p>		<p>Explizit wird festgehalten, dass neben der Beförderung mit der Post die Briefe mit den Stimm- und Wahlunterlagen auch in den Briefkasten der Stadt im Superblock eingeworfen werden können.</p> <p>In Anlehnung an die vorzeitige Stimmabgabe an der Urne, die bis Samstag vor dem Urngang möglich ist (s. Art. 11), müssen die brieflich abgegebenen Stimmen bis um 12.00 Uhr an diesem Samstag bei der Stadtverwaltung eintreffen.</p> <p>Gemäss § 36 VPR ist es den Gemeinden überlassen, ob sie die brieflich eingegangenen Antwortkuverts bereits vorbereiten, d.h. öffnen und prüfen wollen oder nicht. Es wird die langjährige Praxis verankert, wonach die Antwortkuverts nach Stimmkreisen sortiert, aber ungeöffnet sicher aufbewahrt werden.</p> <p>Da es in der Praxis vorkommt, dass infolge falscher Verpackung durch die Stimmberechtigten oder fehlendem Stimmrechtsausweis die Zuordnung zum entsprechenden Stimmkreis nicht erfolgen kann, ist für diesen Fall eine Regelung zu treffen. Diesfalls dürfen die Antwortkuverts unter Wahrung des Stimmgeheimnisses geöffnet werden.</p>
<p>Art. 15 Nachbezug von Wahl- und Abstimmungsunterlagen</p>		

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>¹ Stimmberechtigte, die ihre Wahl- und Abstimmungsunterlagen nicht oder nur unvollständig erhalten haben, können die fehlenden Unterlagen beim Stimmregisterbüro spätestens bis Freitag, 16.00 Uhr, vor dem Wahl- oder Abstimmungstag anfordern.</p>	<p>Art. 14 ¹ Stimmberechtigte, die ihren Stimmrechtsausweis und die Stimmzettel nicht oder letztere nur unvollständig erhalten haben, können das fehlende Material beim Stimmregisterbüro spätestens bis Freitagvormittag anfordern.</p>	<p>Gemäss § 33 Abs. 2 VPR können Stimmberechtigte, welche die Wahl- und Abstimmungsunterlagen nicht erhalten haben, diese bei der Stimmregisterführerin oder dem Stimmregisterführer beziehen. Dies wird explizit festgehalten und als Ergänzung bestimmt, dass ein Nachbezug auch bei unvollständigen Unterlagen möglich ist. Konkretisiert wird die heutige Praxis, wonach sich die Stimmberechtigten bis spätestens Freitag, 16.00 Uhr, vor dem Wahl- oder Abstimmungstag zu melden haben.</p>
<p>3 Auswertung der Wahl- und Stimmzettel</p>		
<p>Art. 16 Auszähllokale</p> <p>¹ Die Auswertung der Wahl- und Stimmzettel erfolgt in Auszähllokalen.</p> <p>² Die Stadtkanzlei veröffentlicht die Standorte der Auszähllokale auf der städtischen Internetseite.</p>	<p>Art. 11 ¹ Die Kreiswahlbüros beginnen mit der Auszählung am Sonntag nach Schliessung der Urnenlokale, spätestens um 13.30 Uhr. Der Obmann meldet die Ergebnisse sofort telefonisch dem Zentralwahlbüro und liefert Protokoll und Stimmzettel ohne Verzug an die gleiche Stelle ab.</p>	<p>Die Kreiswahlbüros sind für die Auswertung der Wahl- und Stimmzettel ihres Stimmkreises und die Übermittlung der Auswertungsergebnisse an die zuständigen Stellen verantwortlich (Art. 7 Abs. 1 lit. b vorne). Dazu gehört, dass sie zeitnah mit der Auswertung beginnen und die Ergebnisse sofort an die zuständigen Stellen übermitteln. Die bisherige, zu detaillierte und so nicht mehr praktizierte Regelung (u.a. wegen der Einführung der vom Kanton betriebenen und von den Gemeinden zwingend zu benützenden Applikation Wabsti) erübrigt sich.</p> <p>Gemäss § 8 Abs. 1 GPR ist den Stimmberechtigten der Zutritt zu den Räumen zu gewähren, in welchen die Wahl- und Stimmzettel ausgewertet und die Ergebnisse ermittelt werden. Damit die Stimmberechtigten dieses Recht ausüben können, werden die Standorte auf der städtischen Internetseite veröffentlicht.</p>
<p>Art. 17 Ungültige Wahl- und Stimmzettel</p>		

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>¹ Die Vorsitzenden der Kreiswahlbüros entscheiden über die Gültigkeit einzelner Wahl- und Stimmzettel in ihrem Stimmkreis.</p> <p>² Der Vorstand des Wahlbüros entscheidet grundsätzliche Fragen zur Gültigkeit von Wahl- und Stimmzetteln.</p>		<p>In § 72 GPR finden sich Bestimmungen, unter welchen Voraussetzungen Wahl- oder Stimmzettel ungültig sind. Die Zuständigkeit zum Entscheid über die Gültigkeit einzelner Wahl- und Stimmzettel soll den Vorsitzenden der Kreiswahlbüros zukommen.</p> <p>Damit eine einheitliche Handhabung in allen Stimmkreisen erfolgt, sind grundsätzliche Fragen vom Vorstand des Wahlbüros zu entscheiden. Beispiel: Umgang mit «Perl Pedalo» für Pearl Pedergrana oder mit Doppelnennungen wie Mario und Jacqueline Fehr.</p>
<p>4 Kirchliche Wahlen und Abstimmungen</p>		
<p>Art. 18 Übertragung der Wahlleitung</p> <p>¹ Die wahlleitende Behörde für kirchliche Wahlen und Abstimmungen bezeichnet bei jeder Wahl oder Abstimmung in kirchlichen Angelegenheiten die Aufgaben der Wahlleitung, die an den Stadtrat übertragen werden.</p> <p>² Eine generelle Übertragung aller Aufgaben der Wahlleitung für sämtliche kirchlichen Wahlen und Abstimmungen einer Kirchgemeinde ist zulässig.</p>		<p>Nach Art. 17a Abs. 2 des kantonalen Kirchengesetzes (KiG) kann die kirchliche wahlleitende Behörde bei Wahlen und Abstimmungen in den Kirchgemeinden Aufgaben der Wahlleitung ganz oder teilweise der politischen Gemeinde übertragen. Die kirchliche wahlleitende Behörde hat somit bei jeder Wahl oder Abstimmung die Aufgaben zu bezeichnen, die sie übertragen will.</p> <p>Den Kirchgemeinden soll es offen stehen, für sämtliche kirchlichen Wahlen und Abstimmungen eine generelle Übertragung aller Aufgaben der Wahlleitung vorzusehen.</p>
<p>Art. 19 Zusammenarbeit</p> <p>¹ Die Durchführung von kirchlichen Wahlen und Abstimmungen erfolgt in Absprache mit und im Auftrag der zuständigen kirchlichen Organe.</p>		<p>Diese Selbstverständlichkeit wird im Sinne einer Bekräftigung der guten Zusammenarbeit explizit festgehalten.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>Art. 20 Auslagenersatz und Entschädigung</p> <p>¹ Für die an den Stadtrat übertragenen Aufgaben der Wahlleitung leisten die Kirchgemeinden eine Entschädigung und ersetzen die entstandenen Auslagen.</p> <p>² Die Entschädigungen und Auslagen betragen pauschal:</p> <ul style="list-style-type: none">a. Fr. 10 000 für die Durchführung von Erneuerungswahlen aller Kirchenpflegen;b. Fr. 2000 für die Durchführung einer kirchlichen Abstimmung;c. Fr. 500 für die Durchführung der Ersatzwahl einer Kirchenpflege, falls eine stille Wahl zustande kommt;d. Fr. 1000 für die Durchführung der Ersatzwahl einer Kirchenpflege, falls eine Urnenwahl stattfindet. <p>³Wird eine Urnenwahl oder –abstimmung nicht an einem regulären Abstimmungstermin durchgeführt, werden die effektiv anfallenden Auslagen und Personalkosten in Rechnung gestellt.</p> <p>⁴Die geschuldeten Entschädigungen und Auslagen können mit Gegenleistungen und Gebrauchsüberlassungen der Kirchgemeinden verrechnet werden. Dazu ist mit den einzelnen Kirchgemeinden oder ihren Dachverbänden eine schriftliche Vereinbarung abzuschliessen. Dafür zuständig ist der Stadtrat.</p>		<p>Art. 17a Abs. 5 KiG verpflichtet die Gemeinden, die übertragenen Aufgaben gegen Ersatz der Auslagen und angemessene Entschädigung zu übernehmen.</p> <p>Alle vier Jahre finden Erneuerungswahlen der Kirchenpflegen aller Kirchgemeinden statt. Diese werden auf einen regulären Abstimmungstermin angesetzt. Die Durchführung dieser Wahl beinhaltet u.a. die amtlichen Publikationen, die Vorbereitung von Formularen, Prüfung von Wahlvorschlägen, den Druck, die Verpackung, den Versand der Wahlunterlagen, das Auszählen der Wahlen sowie der Versand von Wahlinformationen. Dafür werden aufgrund von Erfahrungswerten pauschal 10 000 Franken verrechnet. Ähnliche Erfahrungswerten ergeben die Summen von 2000 Franken für die Durchführung einer Abstimmung sowie 500 Franken für Ersatzwahlen. Eine Urnenwahl wird faktisch nicht durchgeführt, weil kaum eine Konkurrenz um diese Sitze besteht. Der Vollständigkeit halber wird sie hier aufgeführt.</p> <p>Zurzeit besteht mit dem Stadtverband der evang. ref. Kirchgemeinden der Stadt Winterthur eine Vereinbarung, welche die letzten beiden Aufgaben mit einschliesst. Als Gegenleistung für die Durchführung dieser Aufgaben können die Kreiswahlbüros für die Auszählarbeiten die Räumlichkeiten der Kirchgemeindehäuser ohne Kostenfolge benutzen.</p> <p>Der Stadtrat kann seine Kompetenz zum Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung delegieren. Vorgesehen ist eine Delegation in der stadträtlichen Verordnung an die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
5 Geheimhaltung		
<p>Art. 21 Geheimhaltung</p> <p>¹ Sämtliche Personen, die bei der Durchführung von Wahlen oder Abstimmungen mitwirken, unterstehen dem Amtsgeheimnis.</p>	<p>Art. 15 Die Obmänner, die übrigen Funktionäre sowie die Mitglieder der Wahlbüros beziehen für ihre Tätigkeit eine Entschädigung.</p>	<p>Gemäss § 7 GPR ist bei Urnenwahlen und Urnenabstimmungen sowie bei geheimen Wahlen und Abstimmungen das Stimmgeheimnis uneingeschränkt, in den übrigen Fällen soweit als möglich zu wahren. Zur Bekräftigung dieser Geheimhaltungspflicht werden die bei der Durchführung von Wahlen oder Abstimmungen mitwirkende Personen explizit auf das Amtsgeheimnis hingewiesen.</p> <p>Im Reglement über die Entschädigung an Behördenmitglieder sind die Entschädigungen aller Mitglieder des Wahlbüros (inkl. Vorsitzende der Wahlbüros) geregelt. Es kann auf einen expliziten Hinweis darauf verzichtet werden.</p>
6 Schlussbestimmungen		
<p>Art. 22 Aufhebung von Erlassen</p> <p>¹ Die Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros vom 3. September 1973 wird aufgehoben.</p>	<p>Art. 16 ¹ Diese Verordnung ersetzt diejenige vom 19. November 1921.</p>	
<p>Art. 23 Inkrafttreten</p> <p>¹ Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten dieser Verordnung.</p>	<p>Art. 16 ² Sie wird nach Annahme durch den Grossen Gemeinderat vom Stadtrat in Kraft gesetzt.</p>	<p>Da der Stadtrat gestützt auf das GPR, die VPR und die vorliegende Verordnung ebenfalls Regelungen zu erlassen hat, ist es sinnvoll, alle Vorschriften über die Wahlen und Abstimmungen gleichzeitig in Kraft zu setzen. Deshalb soll der Stadtrat den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestimmen.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
Änderungen des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder		
<i>Das Stadtparlament</i>		
gestützt auf Art. 17 Abs. 2 lit. b der Gemeindeordnung (GO) sowie Art. 2 Abs. 3 des Personalstatuts (PST)	Gestützt auf Art. 28 Abs. 1 Ziff. 6, Art. 37, Art. 48, Art. 51 Abs. 2, Art. 65 Abs. 3 und Art. 68 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 26. November 1989 sowie gestützt auf Art. 2 Abs. 3 des Personalstatuts vom 12. April 1999 erlässt der Grosse Gemeinderat folgendes Reglement:	Anpassung des Verweises auf die ab dem 1. Januar 2022 geltende GO.
<i>beschliesst:</i>		
2.5 Wahlbüro	2.5 Wahlbüro	
<p>a. für Beanspruchungen bis 2 Stunden Fr. 60.–</p> <p>b. für jede weitere Stunde Fr. 30.–</p>	<p>Art. 16 Stundenentschädigung</p> <p>¹ Die Mitglieder des Wahlbüros beziehen folgende Stundenentschädigungen:</p> <p>a. für Beanspruchungen bis 2 Stunden: Fr. 60.–</p> <p>b. für jede weitere Stunde: Fr. 30.–</p>	<p>Die Höhe der Stundenansätze bleibt unverändert, dies in Übereinstimmung mit Art. 2 des Reglements über die Entschädigung an Behördenmitglieder, wo ebenfalls von einem Stundenansatz von Fr. 30.00 ausgegangen wird.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
<p>² Dauern die Auszählarbeiten länger als bis 20.00 Uhr, wird für die Zeit danach eine Stundenentschädigung von 45 Franken entrichtet.</p> <p>³ Die vor 20.00 Uhr und die danach geleistete Arbeitszeit wird, unter Abzug der Pausen, jeweils separat zusammengezählt.</p> <p>⁴ Angebrochene Stunden werden bis zu 30 Minuten mit der halben und danach mit der vollen Stundenentschädigung vergütet.</p>	<p>² Dauern die Auszählarbeiten länger als bis 20.00 Uhr, wird auf der Stundenentschädigung ein Zuschlag von 50% entrichtet.</p>	<p>Die bisherige Formulierung erweist sich als umständlich. Einfacher ist es, den Stundenansatz direkt mit Fr. 45.00 anzugeben.</p> <p>Die geleisteten Stunden sollen wegen der nach 20.00 Uhr höheren Stundenentschädigung für die Zeiträume vor und nach diesem Zeitpunkt separat zusammengezählt werden.</p> <p>Dies wird in der Praxis bereits heute so gehandhabt und wird hier somit präzisiert.</p>
<p>a. für die Sekretärin oder den Sekretär des Wahlbüros Fr. 440.–</p> <p>b. für die Stellvertretungen der- oder desselben Fr. 190.–</p> <p>c. für die Vorsitzenden und die Sekretärinnen oder Sekretäre der Kreiswahlbüros Fr. 190.–</p> <p>d. für die Stellvertretungen der Vorsitzenden der Kreiswahlbüros Fr. 90.–</p>	<p>Art. 17 Grundentschädigung für Spezialfunktionen</p> <p>¹ Pro Urnengang werden für Spezialfunktionen folgende Grundentschädigungen zusätzlich zur Stundenentschädigung nach Art. 16 ausgerichtet:</p> <p>a. für den Sekretär oder die Sekretärin des Zentralwahlbüros: Fr. 440.–</p> <p>b. für die Stellvertretungen des- oder derselben: Fr. 190.–</p> <p>c. für die Obmänner oder Obfrauen und die Sekretärinnen oder Sekretäre der Kreiswahlbüros: Fr. 190.–</p> <p>d. für die Stellvertretungen der Obmänner oder Obfrauen der Kreiswahlbüros: Fr. 90.–</p>	<p>Die Höhe der Grundentschädigungen für die Spezialfunktionen bleibt unverändert. Neu wird die weibliche Form der betroffenen Personen zuerst genannt.</p> <p>Der Begriff «Zentralwahlbüro» wird durch «Wahlbüro» ersetzt (vgl. Erläuterung zu «1.2 Wahlbüro» vorne).</p> <p>Die Bezeichnung «Obmänner und Obfrauen» wird ersetzt durch «Vorsitzende» gemäss der neuen Bezeichnung in Art. 62 Abs. 1 GO.</p> <p>Die Bezeichnung «Obmänner und Obfrauen» wird ersetzt durch «Vorsitzende» gemäss der neuen Bezeichnung in Art. 62 Abs. 1 GO.</p>

Entwurf	Geltendes Recht	Erläuterungen
e. <i>Aufgehoben.</i>	e. für die Gruppenchefs und -chefinnen: Fr. 90.–	Da die Gruppenchefinnen und -chefs in der Praxis keine Spezialaufgaben haben, welche eine zusätzliche Entschädigung rechtfertigen, entfällt eine solche.
III.		
Der Erlass SRS 1.7-1 (Verordnung betreffend die Organisation des Wahlbüros vom 3. September 1973) wird aufgehoben.		